

Zeichen der Zeit : Versuch über religiösen Fundamentalismus in der Politik

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **88 (1994)**

Heft 10

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Zeichen der Zeit

Versuch über religiösen Fundamentalismus in der Politik

Was ist politischer Fundamentalismus? Rascher als eine Definition sind uns Beispiele zur Hand, die krassesten aus der Welt des Islam: etwa die Morddrohungen «islamischer Fundamentalisten» gegen Taslima Nasrin in Bangladesh wie zuvor schon das Todesurteil gegen Salman Rushdie im Iran des Ajatollah Khomeini. Nach dem Gleichnis vom Splitter und vom Balken sind wir jedoch gut beraten, den Fundamentalismus erst einmal in der «eigenen», der «christlichen» Geschichte und Gegenwart zum Thema zu machen. Denn nichts von dem, was heute dem Islamismus vorgeworfen wird, ist der Tradition des organisierten Christentums fremd.

Die bedingungslose Vollstreckung einer absoluten Wahrheit

Der Ausdruck «Fundamentalismus» kennzeichnete ursprünglich eine Bewegung innerhalb des *nordamerikanischen Protestantismus*, die sich im Namen der Irrtumslosigkeit der Bibel gegen die liberale Theologie wandte, vor allem gegen eine Versöhnung mit dem «gottlosen Evolutionismus», der da zu behaupten schien, der Mensch stamme vom Affen ab. «The Fundamentals» hiess eine Schriftenreihe, die 1909 bis 1915 in den USA herauskam und dem «Fundamentalismus» den Namen gab. In den letzten Jahren hat sich diese Bezeichnung noch für zahlreiche andere Bewegungen eingebürgert. Ihnen gemeinsam ist der Aufstand gegen eine Moderne, die den Menschen den Halt in einer religiös geprägten Gesellschaft entzieht – also ein Aufstand aus überforderter Selbstbestimmung.

Was ist das «*Fundament*» dieses «Fundamentalismus»? Oder anders gefragt: Ist ein Glaube schon darum fundamentali-

stisch, weil er sich auf ein Fundament stützt? Wenn ja, dann wäre jede Offenbarungsreligion, dann wären auch Christentum, Judentum und Islam fundamentalistisch. «Einen andern Grund kann niemand legen als den, der gelegt ist, und das ist Jesus Christus», sagt zum Beispiel der Erste Korintherbrief (3, 11). Es ist aber nicht irgendein Fundament des Glaubens, von dem der Fundamentalismus ausgeht, sondern ein *Dogma*, das Menschen ein- und ausgrenzt: in Gläubige und Ungläubige, in Orthodoxe und Irrende, in Kinder des Lichts und in Kinder der Finsternis. Der Glaube, der verlangt, dass wir «die Wahrheit tun in Liebe» (Eph 4,15), pervertiert so zu einer «absoluten Wahrheit», die in ihrer Wirkung erst noch zu einer lieblosen Wahrheit wird. «Ausserhalb der Kirche kein Heil», lautete die frühere Doktrin der katholischen Kirche, formell so erklärt am Konzil von Florenz 1442. «Ausserhalb der tridentinischen Messe kein Heil», sagt noch heute die Sekte des verstorbenen Marcel Lefebvre.

Religiöser Fundamentalismus ist aber nicht in jedem Fall mit politischem Fundamentalismus identisch. Der Glaube an «absolute Wahrheiten» oder «Dogmen» ist politisch solange unbedenklich, ja durch die Religionsfreiheit geschützt, als er sich nicht mit einer *praktischen Intoleranz* gegenüber Andersgläubigen und Andersdenkenden verbindet. «Absolute Wahrheiten» oder «Dogmen» werden erst dann zu politischem Fundamentalismus, wenn sie nur für sich selbst ein «Recht auf Dasein» beanspruchen und – was auf dasselbe hinausläuft – dem «Irrtum» der Andersgläubigen und Andersdenkenden dieses Recht absprechen. Dass zum Beispiel Amerikas Fundamentalisten die Evolutionstheorie

verwarfen, ist noch kein politischer Fundamentalismus, wohl aber, dass sie den berühmten «Affenprozess» von 1925 anstrebten, um die Evolutionstheorie aus den Schulen zu verbannen.

Politischer Fundamentalismus agiert demnach im Namen einer absoluten Wahrheit, die sich der Verständigung unter Menschen verschiedener religiöser oder weltanschaulicher Herkunft entzieht. Er glaubt nicht nur an eine «absolute Wahrheit», sondern er will diese auch gegenüber den «Irrrenden» durchsetzen und scheut sich nicht, dazu *staatlichen Zwang*, im Extremfall sogar *terroristische Gewalt* anzuwenden. Politischer Fundamentalismus, auf eine Kurzformel gebracht, ist die bedingungslose Vollstreckung einer absoluten Wahrheit.

Vom Balken im Auge des (nicht nur vorkonziliaren) Katholizismus

So «unchristlich» uns heute die Mordbefehle islamischer Fundamentalisten gegen «Irrgläubige» wie Salman Rushdie oder Taslima Nasrin anmuten, sie enthalten nichts, was nicht auch in der «christlichen» Tradition schon gedacht und praktiziert worden wäre. Ein besonderer Balken im Auge des Katholizismus ist das Ärgernis, dass selbst ein Kirchenvater wie *Thomas von Aquin* (1225–1274) die Todesstrafe für Ketzer und Ketzerinnen rechtfertigte. Er fand dafür die Begründung: «Es ist weit schwerwiegender, den Glauben zu entstellen, durch den die Seele ihr Leben hat, als Geld zu fälschen, das nur dem irdischen Leben dient. Wenn nun die Münzfälscher und andere Übeltäter ohne weiteres durch die weltlichen Fürsten von Rechts wegen dem Tod überliefert werden, so können umso mehr Häretiker, sobald sie der Häresie überführt sind, nicht nur aus der Gemeinschaft ausgeschlossen, sondern rechters getötet werden.»¹ Mit derselben Argumentation können heute die islamischen Fundamentalisten den Autor der Satanischen Verse oder die feministische Kritikerin des Koran als Gefahr für das Seelenheil der Gläubigen denunzieren und «rechters» umbringen (lassen).

Begonnen hat dieser politische Fundamentalismus des organisierten Christentums mit dem Religionsdekret *Theodosius' des Grossen* aus dem Jahr 380. Erstmals erklärt hier der römische Kaiser die Lehre der katholischen Kirche zur verbindlichen Religion für seine Untertanen: «Wir befahlen, dass diejenigen, welche dies Gesetz befolgen, den Namen «katholische Christen» annehmen sollen; die übrigen dagegen, welche wir für toll und wahnsinnig erklären, haben die Schande zu tragen, Ketzer zu heissen. Ihre Zusammenkünfte dürfen sie nicht als Kirchen bezeichnen. Sie müssen zuerst von der göttlichen Rache getroffen werden, sodann auch von der Strafe unseres Zorns, wozu wir die Vollmacht dem himmlischen Urteil entlehnen.»²

Von der Konstantinischen Wende (mit dem Mailänder Toleranzedikt von 313) bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil lehrt die römische Kirche, dass nur die «Wahrheit ein Recht auf Dasein» habe, nicht aber auch der «Irrtum». Die «Wahrheit», das ist die Kirche, unter Ausschluss aller übrigen Konfessionen, Religionen und Weltanschauungen, die keine Rechte beanspruchen dürfen, vor allem keine Kultusfreiheit und keine Religionsfreiheit. Noch 1953 wiederholt Pius XII. das Kernstück dieser Lehre: «Was nicht der Wahrheit und dem Sittengesetz entspricht, hat objektiv kein Recht auf Dasein noch auf Propaganda noch auf Betätigung.»³ Das ändert sich erst mit der *Konzilserklärung über die Religionsfreiheit* 1965, wo endlich das Gewissen des einzelnen Menschen respektiert und nicht mehr länger der «Wahrheit» untergeordnet wird.

Für die «objektive sittliche Ordnung» in Staat und Gesellschaft hält die römische Kirche hingegen nach wie vor am überlieferten Wahrheitsmonopol fest. In Irland und in Polen hat sie ihre Macht eingesetzt, um ein absolutes Abtreibungsverbot zu erwirken. Auch die Enzyklika *Humanae Vitae* verbietet nicht nur den katholischen Gläubigen die «künstliche Empfängnisverhütung», sondern verlangt auch vom Staat, dass er dieses Verbot durchsetzt. Ja, selbst

der Weltbevölkerungskonferenz anfangs September in Kairo nötigte der Vatikan eine Debatte auf, die mehr mit seinem fundamentalistischen Wahrheitsanspruch als mit seiner Sorge um das Wohl der Menschen, insbesondere der betroffenen Frauen, zu tun hatte. Die «heilige Allianz» zwischen «islamischen» und – vom Vatikan angeführten – «katholischen Staaten» zeigte ausserdem, dass Fundamentalismus auch religionsübergreifend wirksam werden kann (was ihn gewiss nicht weniger bedrohlich macht).

«Roms» Wahrheitsanspruch gegenüber Menschen, die nicht einmal zur katholischen Kirche gehören, ist umso unverständlicher, als der vatikanischen Morallehre ein Naturbegriff zugrunde liegt, der selbst für katholische Gläubige nicht nachvollziehbar ist. Da werden biologische Vorgänge zur verbindlichen Norm erklärt, als ob ein solcher Schluss vom Sein der «Natur» auf ein Sollen der Ethik zulässig und nicht vielmehr ein Fehlschluss wäre. Diese Morallehre wird denn auch gar nicht rational begründet, sondern mit dem Hinweis auf die *Irrtumsfreiheit* des kirchlichen Lehramts autoritativ verordnet. Sonst, so heisst es, wäre der Heilige Geist in dieser schwerwiegenden Frage den reformierten Kirchen bislang mehr beigestanden als dem Papst...⁴

Vom heiligen Krieg, auch «wenn die Welt untergehen sollte dabei»

Was eine «absolute Wahrheit» in der Frage von Krieg und Frieden anrichten kann, mögen die beiden nächsten Beispiele zeigen:

Der amerikanische Politiker James Mill berichtete 1971 von einem Gespräch, das er damals als Präsident des Senats von Kalifornien mit einem Fundamentalisten geführt hatte. Der Fundamentalist hielt den *Nuklearkrieg mit der Sowjetunion* für unvermeidlich und berief sich dabei auf die Bibel: «Hesekiel sagt uns, dass Gog – also das Land, das alle Mächte der Finsternis gegen Israel anführt – aus dem Norden kommen wird. Bibelforscher erklären,

schon seit Generationen, dass Gog Russland sein muss..., da Russland sich gegen Gott gewandt hat.... Es kann nicht mehr lange dauern, Hesekiel sagt, Feuer und Schwefel werden auf die Feinde des Gottesvolkes herabregnen. Das muss heissen: Sie werden durch Kernwaffen vernichtet werden.» Der Fundamentalist, der solches sagte, war – *Ronald Reagan*. Noch während der Wahlkampagne 1980 spekulierte er, dass «wir die Generation sein könnten, die Harmagedon erlebt». Er hatte das Thema nicht selbst erfunden, sondern von Predigern der «elektronischen Kirche» übernommen. Diese verstanden es auch, ihren Zuhörerinnen und Zuhörer die Angst vor dem nuklearen Inferno zu nehmen, da die Gläubigen dabei nichts zu leiden hätten, sondern «im Zustand der Entrückung in den Himmel versetzt» würden.⁵

Auf einen ebenso brutalen wie transzendenten Auftraggeber berief sich 1959 der engste Berater Pius' XII., *Gustav Gundlach*, als er gemäss dem Slogan «lieber tot als rot» den *ABC-Krieg* «zur Verteidigung allerhöchster Güter» für ethisch verantwortbar, ja geboten hielt: «Ja, wenn die Welt untergehen sollte dabei, dann wäre das auch kein Argument gegen unsere Argumentation. Denn wir haben erstens sichere Gewissheit, dass die Welt nicht ewig dauert, und zweitens haben wir nicht die Verantwortung für das Ende der Welt. Wir können sagen, dass Gott der Herr, der uns durch seine Vorsehung in eine solche Situation hineingeführt hat oder hineinkommen liess, wo wir dieses Treuebekenntnis zu seiner Ordnung abgeben müssen, dann auch die Verantwortung übernimmt.»⁶

Das Schema des politischen Fundamentalismus ist immer dasselbe: Es macht die Politik zur Auseinandersetzung, wenn nicht zum Schlachtfeld zwischen Wahrheit und Irrtum, Gut und Böse. Wer auf der rechten Seite steht, dem ist so ziemlich alles erlaubt. Er ist nicht der Menschlichkeit, nicht den Menschenrechten, nicht der demokratischen Willensbildung, sondern allein seiner jenseitigen absoluten Wahrheit verpflichtet. Warum das gerade auch bei «christlich» sozialisierten Menschen so

ist? Die Frage müsste vertieft angegangen und dabei besonders die *kirchliche Verkündigung* unter die Lupe genommen werden. Seit den 70er Jahren belegt die Friedensforschung den Zusammenhang zwischen «Orthodoxie» und regelmässigem Kirchenbesuch einerseits und Gewaltbereitschaft in politischen Auseinandersetzungen andererseits.⁷ Konsequenzen hat die kirchliche Pastoral daraus aber nie gezogen.

Das kapitalistische Unternehmen als «leidender Gottesknecht»

Es gehört zur Verkündigung, die Zeichen der Zeit zu deuten, und das heisst: in konkreten Ereignissen und Entwicklungen die Spuren Gottes in der Welt zu erkennen. Diese Aufgabe, so notwendig sie ist, kann auch zu einer falschen, gefährlichen, eben fundamentalistischen Identifikation irdischer Wirklichkeiten mit der Wirklichkeit Gottes führen:

Anfangs der 80er Jahre hat ein katholischer Theologe, *Michael Novak*, die moderne «Business Corporation» mit dem leidenden Gottesknecht nach Jesaja (Kap 52f.) gleichgesetzt. Diese geheimnisvolle und stumme Knechtsgestalt hat kein menschliches Antlitz mehr, wird verachtet und von allen im Stich gelassen. Genau wie die «kapitalistische Unternehmung», meint Novak, da auch sie «eine ausserordentlich verachtete Inkarnation von Gottes Gegenwart in dieser Welt» sei. Und: «Indem die kapitalistische Unternehmung kritisiert, beschränkt oder gar als Gefahr gesehen oder behandelt wird, wird in ihr Christus gekreuzigt.»⁸ Novak leitete die theologische Abteilung des «American Enterprise Institute». Seine geradezu blasphemische Identifikation sollte so etwas wie eine theologische Offensive gegen die Befreiungstheologie auslösen.

Novaks Versuch lehnt sich formal tatsächlich an befreiungstheologische Deutungsmuster politischer und ökonomischer Unterdrückung an. Auch der «leidende Gottesknecht» ist in der Theologie der Befreiung eine nicht selten verwendete Metapher für ausgebeutete, erniedrigte und

beleidigte Menschen oder Völker. «El Salvador – der leidende Gottesknecht» war zum Beispiel der Titel einer Rede von *Jon Sobrino*, die in unserer Zeitschrift erschienen ist (NW 1990, S. 112ff.). Der Jesuitenpater aus San Salvador meinte: «Auch ich habe keine besseren Worte, um zu sagen, was die Wirklichkeit El Salvadors ist.» Denn das salvadorianische Volk werde geschunden und gefoltert. Wer in seinem Namen rede, werde umgebracht. Und die Grossen dieser Welt kümmerten sich nicht um gekreuzigte Völker.

Was aber ist der Unterschied zwischen Novak und Sobrino? Wenn Novak fundamentalistisch ist, warum soll es dann Sobrino nicht sein? Natürlich kommt uns Novaks Vergleich absurd vor, weil wir die Realität anders sehen, während uns die aktualitätsbezogene Exegese Sobrinos einleuchtet: Gekreuzigt wird ja nun wirklich nicht die kapitalistische Unternehmung, sondern das unterdrückte Volk. Für den Vorwurf des Fundamentalismus massgebend ist jedoch der Anspruch, der sich mit einer solchen Exegese verbindet. Novak will die Kritik an der kapitalistischen Unternehmung tabuisieren, indem er diese zur «*Inkarnation Gottes*» erklärt (und dadurch Gott mit Mammon verwechselt). Anders Sobrino: Die Jesaja-Stelle macht aus El Salvador kein «auserwähltes Volk», an dem die Wirklichkeit Gottes festgemacht würde. Der Kampf des salvadorianischen Volkes ist ethisch ja bereits gerechtfertigt und bedarf zu dieser Rechtfertigung nicht noch einer zusätzlichen religiösen Legitimation. Für die Kämpfenden aber ist das Bild vom leidenden Gottesknecht eine Quelle der Motivation, der Ermutigung und der Spiritualität.

Religiöser Fundamentalismus und Religiöser Sozialismus

Die Überwindung des Fundamentalismus in der Politik ist die geistesgeschichtliche Leistung der Aufklärung. Politik ist autonom und bedarf daher nicht der religiösen Legitimation, um ethisch gerechtfertigt zu sein. Die Werte, um die es in der Politik

geht, fallen nicht vom Himmel und sind auch nicht mit transzendenten Ansprüchen von dort herunterzuholen. Insbesondere der Staat muss sich religiös und weltanschaulich neutral verhalten. Er darf keine Weltanschauung oder Religion bevorzugen. Auch nicht zur Abwehr des religiösen Fundamentalismus oder gar der «Islamisierung Europas» (wie neuerdings gesagt wird). Kirche, die, mit einem besonderen Wahrheitsanspruch argumentierend, eine Sonderbehandlung durch den Staat beanspruchen wollte, verhielte sich fundamentalistisch. Christliche Politik, christlicher Staat, Neuevangelisierung Europas sind fundamentalismusverdächtige Begriffe.

Hier liegt auch das Problem «*christlicher Parteien*». Sie sind fundamentalistisch, wenn sie auf eine religiöse Wahrheit rekurrieren, um diese zum Politikum zu machen. Die Demokratie ist gefährdet, wenn die Wahl einer Partei nicht mehr nach ethisch-sachlichen Gesichtspunkten erfolgt, sondern zur Glaubensfrage erklärt wird. Gewiss treten heute die meisten «christlichen Parteien» nicht mehr mit diesem Absolutheitsanspruch an. Warum dann aber das «hohe C»? Ist damit nicht eben doch viel Fundamentalistisches verbunden? Zum Beispiel in der Art und Weise, wie das Strafrecht gegen den Schwangerschaftsabbruch bemüht wird? Oder im Bestreben, die Kirche(n) durch den Staat zu privilegieren?

Die fundamentalistische Versuchung gibt es aber nicht nur für die «christliche Politik», sondern für jede Politik aus dem Glauben – also auch für den *Religiösen Sozialismus*. Im Wissen um diese Versuchung sollten religiöse Sozialistinnen und Sozialisten das Reich Gottes in seiner *Weltlichkeit* verkünden, als ein Reich für diese Erde, in dem Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung real möglich sind. Wenn sie sich politisch äussern, dürfen sie das nicht im Namen einer besonderen, nur ihnen reservierten Wahrheit tun, sondern auf der Grundlage von Werten, denen alle Menschen guten Willens zustimmen (können). Die Menschen sollen politisch nicht in dem übereinkommen, was sie religiös für

wahr halten, sondern in dem, was ihnen menschlich wichtig ist.

Aber geht es bei der Berufung auf das Reich Gottes nicht doch um eine «*Letztbegründung*», die ihr «Fundament» jenseits der Politik hat? Die Frage müsste umgekehrt werden: Kann, wer glaubt, Politik anders als in seinem Glauben begründen und verantworten? Wer gegenüber jeder Politik aus dem Glauben den Vorwurf des Fundamentalismus anbringt, begründet nur wieder einen andern Monopolanspruch, denjenigen des Agnostizismus.

Im *Godesberger Programm* der SPD von 1959 ist der Satz enthalten, der demokratische Sozialismus wolle «keine letzten Wahrheiten verkünden – nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben». Das ist die Absage an jeden politischen Fundamentalismus, ohne deshalb der Politik ein Fundament abzusprechen, das sie in der Religion oder Weltanschauung der Bürgerinnen und Bürger haben kann und wohl auch haben muss. Alles kommt darauf an, dass Menschen nicht im Namen letzter Wahrheiten um die politische Macht kämpfen, sondern im Ringen um den je besseren Entwurf einer friedlichen, gerechten, welt- und umweltverträglichen Gesellschaft.

1 Summa Theologica, II,II,11,3.

2 Zit. nach Rudolf Hernegger, *Macht ohne Auftrag*, Olten 1963, S. 370.

3 Zu dieser Entwicklung sei verwiesen auf die beiden «Zeichen der Zeit»: Lefebvre als Chance?, in: NW 1988, S. 275ff.; Dreissig Jahre nach Eröffnung des Konzils, in: NW 1992, S. 302ff.

4 Vgl. Hans Küng, *Unfehlbar?*, Einsiedeln 1970, S. 41ff.

5 Zitate nach einem Vortrag von Andrew G. Lang anlässlich der KSZE-Konsultation der CFK im Oktober 1986 (Manuskript); Renate Reimann u.a., *Rechter Glaube = Rechte Politik?*, Hamburg 1986, S. 17ff.

6 In: *Stimmen der Zeit*, April 1959, S. 13.

7 Vgl. W. Spieler, *Fünf Thesen zu Kirche und Politik*, in: NW 1989, S. 199ff.

8 M. Novak, *The Corporation: A Theological Inquiry*, Washington 1981, S. 203.